

Sitzungsperiode 2020-2021  
Sitzung des Ausschusses I vom 6. September 2021

---

### INTERPELLATION\*

- **Interpellation Nr. 18 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu den Umständen sowie zu den Reaktionen auf die Flutkatastrophe in Ostbelgien im Juli 2021**

Eupen hat wie ganz Ostbelgien immer wieder Hochwassersituationen gekannt. Unsere älteren Mitbürger erinnern sich besonders an die Flut 1953 in Eupen. Damals versuchten Feuerwehrleute, Soldaten und viele Freiwillige möglichst viel zu retten. Doch zwischen den Überschwemmungen 1953 und der Überflutung 2021, über 60 Jahre später, gibt es wesentliche Unterschiede.

Die Überflutungen im Juli dieses Jahrs trafen große Teile Ostbelgiens, insbesondere die Gemeinden Raeren, Eupen, Kelmis, Lontzen, Sankt Vith und Burg-Reuland. Dort entstanden nie gekannte Schäden. Zunächst materieller Art: Betroffen waren Häuser, Wohnungen, aber auch Unternehmen, kleine wie auch große Betriebe, öffentliche Infrastrukturen und Einrichtungen, Sport- und Kulturstätten, nicht zuletzt auch jene, die von Vereinen verwaltet werden. Hinzukommen psychologische Folgen für die vielen Betroffenen. Erwachsene wussten nicht, wo sie anfangen sollten, und Kinder mussten die Verzweiflung ihrer Eltern miterleben.

Ich werde hier nicht alles ausführen, aber eins ist sicher: In dieser Form sind die Ereignisse von Mitte Juli bisher einmalig! Doch Experten sagen voraus, dass solche extremen Unwetterkatastrophen in Zukunft häufiger auftreten. Grund dafür ist in deren Augen in erheblichem Maße der Klimawandel.

Neben dem Klimawandel hat sich auch etwas anderes gewandelt: die Zuständigkeitsaufteilung zwischen den verschiedenen institutionellen Ebenen. 1953, in der Nachkriegszeit, gehörten die deutschsprachigen Gemeinden bereits seit mehr als drei Jahrzehnten zu Belgien. Dennoch waren viele Bürger Ostbelgiens kaum bis gar nicht der französischen Sprache mächtig. Die Sprachengrenzen gab es offiziell noch nicht und ein deutschsprachiges Parlament erst recht nicht.

Seither ist jedoch die Deutschsprachige Gemeinschaft dank des Einsatzes zahlreicher Politiker im Laufe der Jahre entstanden und stets autonomer geworden. Heute können wir diese Autonomie nutzen, um auch nach einer Katastrophe eigenständig und gemeinsam über Verbesserungen nachzudenken und diese je nach Zuständigkeitsbereich entweder alleine oder in Zusammenarbeit mit anderen institutionellen Ebenen umzusetzen. In dieser

---

\* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Herrn Servaty hinterlegten Originalfassung.

Hinsicht ist die zurückliegende Flutkatastrophe - ähnlich wie die Corona-Krise - ein Lackmustrtest für die DG.

So sehen wir insbesondere in den neuen Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft – namentlich Raumordnung, Wohnungswesen und Teile der Energiepolitik – einen wesentlichen und wegweisenden Handlungsbedarf. Demzufolge bezieht sich meine Interpellation zunächst auf die Möglichkeiten, die diese neuen Zuständigkeiten uns bieten. Sie bezieht sich aber vor allem auch auf die Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den neun Gemeinden einerseits sowie auf die Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den anderen institutionellen Ebenen andererseits – dies sowohl in Bezug auf die Zeit vor, während als auch nach den Überschwemmungen von Juli 2021.

Derweil ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nach heutigem Stand nur in einem relativ kleinen Teil direkt zuständig im Rahmen von Überschwemmungen, wie wir sie jüngst erleben mussten. Jedoch hat die Deutschsprachige Gemeinschaft auch in diesem Fall unter Beweis gestellt, dass sie unterstützend mitwirken und effizient Hilfe leisten kann! Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten hat sie insbesondere nach der Krise wertvolle Unterstützung geleistet. Sie hat ebenso koordinierend gewirkt und die Rolle eines Bindeglieds und Vermittlers eingenommen. Die DG wird überdies – davon sind wir überzeugt – für die Zukunft vorbeugende Maßnahmen ergreifen.

Dessen ungeachtet unterstreiche ich zunächst das gezielte Wirken der DG im Rahmen der zurückliegenden Flutkatastrophe und gehe ich zudem auf manche positiven Aspekte in dieser Krise ein: Helfer kamen von überall, sowohl aus den benachbarten ostbelgischen Gemeinden als auch aus dem ganzen Land. Wir konnten ein gutes Beispiel nationaler und internationaler Solidarität erleben. Die Hilfsbereitschaft und die Spendenbereitschaft in unserer Region sind bezeichnend und beispielhaft zugleich für den positiven Spirit der Ostbelgier! Inzwischen sind über die Spendenaufrufe für die hiesige Region rund 1,5 Mio Euro eingegangen.

Unterdessen waren und sind die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger absolut bemerkenswert! Es ist wahrlich beeindruckend zu sehen, wie viele freiwillige Helfer in den Tagen nach den Überschwemmungen in den betroffenen Gebieten unterwegs waren. Jedem, der Hilfe benötigte, wurde geholfen. Dafür möchte ich im Namen der SP-Fraktion allen Helferinnen und Helfern danken!

Wie die meisten der betroffenen Kommunalpolitiker haben auch die Minister unserer Regierung sich sehr schnell ein Bild der Lage vor Ort gemacht. Sie haben das Ausmaß der Katastrophe festgestellt und daraufhin zügig und möglichst unbürokratisch ein beträchtliches Hilfspaket beschlossen. Um die Hilfgelder möglichst bedarfsgerecht an die betroffenen Personen, Familien, Betriebe und Einrichtungen zu bringen, hat die Deutschsprachige Gemeinschaft mit den Gemeinden und den ÖSHZ gezielt zusammengearbeitet. Hier möchte ich auch nochmal daran erinnern, dass die ÖSHZ gemeinsam mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dem Roten Kreuz und anderen Akteuren Unterstützungsmaßnahmen für alle Betroffenen auf die Beine gestellt haben. Mehr denn je gilt: niemand sollte sich scheuen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn er diese benötigt.

Allgemein konnten wir feststellen, dass auch in dieser Krisensituation die Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ihre Zusammenarbeit mit der lokalen Ebene schnell und effizient in die Wege geleitet wurde. Deren Einsatz an der Seite der Bevölkerung und deren Arbeit im Rahmen der Katastrophe ist durchaus lobenswert.

Hier lässt sich bereits festhalten, dass dank der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft möglichst bedarfsgerecht und schnell gehandelt werden konnte. Und auch ihre Bindegliedfunktion hat die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Zeit nach den

Überschwemmungen wahrgenommen. Doch dazu können Sie, Herr Ministerpräsident, hoffentlich ausführlichere Auskünfte liefern.

Vor dem soeben geschilderten Hintergrund möchte ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

1. *Wie konnte die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der zurückliegenden Flutkatastrophe konkret zum Wohle der ostbelgischen Bevölkerung genutzt werden?*
2. *Das diesbezügliche Krisenmanagement erfordert Handlungen auf verschiedenen Ebenen: Wie unterscheiden sich die Zuständigkeiten in solchen Situationen zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen, als da wären Europa, belgische Föderalebene, Wallonische Region, Provinz Lüttich, Deutschsprachige Gemeinschaft und die neun Gemeinden der DG?*
3. *Wie werden die Geschehnisse aufgearbeitet, um die Lehren zu ziehen, die Schäden zu beheben und uns für die Zukunft besser aufzustellen?*
4. *Kann die Regierung bereits einen Überblick über das Ausmaß der Katastrophe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geben? Nach Möglichkeit bitte ich Sie, das Ausmaß der Schäden zu beziffern.*
5. *Können wir die Grundlagen schaffen, damit die Bürger Ostbelgiens in Zukunft noch besser informiert und demzufolge auch geschützt werden?*
6. *Wie werten Sie die Koordinationsarbeit während und nach der Krise? Inwiefern kann diese in Zukunft noch verbessert werden?*
7. *Welche weiteren Maßnahmen kann die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten treffen, um die Folgen der Überschwemmungen zu lindern?*
8. *Wie bewerten Sie das bisherige Hilfsangebot?*
9. *Inwiefern wurde den Menschen in ihrer Not geholfen? Inwiefern haben diese insbesondere auch psychologische und seelische Unterstützung erhalten und inwiefern können die Betroffenen weiterführende Unterstützung infolge der Überschwemmungskatastrophe beantragen?*
10. *Welche Entwicklungsmöglichkeiten sehen Sie in Bezug auf die Fähigkeit der Krisenbewältigung, der Koordinierung und der Vermittlung für die verschiedenen Instanzen und Hilfsangebote?*
11. *Wie gedenkt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zukunft einer solchen Katastrophe insbesondere im Rahmen ihrer neuen Zuständigkeiten vorzubeugen?*